

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Stefan Köster, Fraktion der NPD**

**Fachärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

Wie regionale Medien berichteten, müssen Patienten in Mecklenburg-Vorpommern immer länger auf Facharzttermine warten. Jährlich schlossen dabei mehr Praxen als neue entstünden.

1. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung über die berichteten Wartezeiten bei Fachärzten in Mecklenburg-Vorpommern (bitte nach Facharztgruppen und Planungsbereichen aufgliedern)?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über Wartezeiten bei Fachärzten vor.

2. Welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu unternehmen, um dem Mangel an Fachärzten zu begegnen und so den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung zu garantieren?

Nach den geltenden Regelungen der Bedarfsplanung besteht in Mecklenburg-Vorpommern keine Unterversorgung bei der fachärztlichen Versorgung. Es ist nicht Aufgabe der Landesregierung, den Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung zu garantieren.

3. In welchen kreisfreien Städten und Landkreisen liegt der Grad der ärztlichen Unterversorgung bei mehr als 25 Prozent (Hausärzte) bzw. mehr als 50 Prozent (Fachärzte) (bitte auch die Facharztgruppen benennen, die besonders betroffen sind)?

Nach den Vorgaben der Bedarfsplanung besteht in keinem Versorgungsbereich eine Unterversorgung.

4. Wie viele Ärzte werden in den einzelnen Planungsbereichen in den nächsten zehn Jahren voraussichtlich das Renteneintrittsalter erreicht haben (bitte nach Planungsbereichen und Arztgruppen aufgliedern)?

Dazu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

5. In welchen Planungsbereichen ist ein Mangel an Ärzten bereits jetzt absehbar (bitte mit den betroffenen Arztgruppen aufführen und benennen, wann der Mangel/die Unterversorgung eintreten wird)?

Der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen in Mecklenburg-Vorpommern hat in den Planungsbereichen Bad Doberan, Güstrow, Ludwigslust, Mecklenburg-Strelitz, Müritzt, Nordwestmecklenburg/Wismar, Ostvorpommern, Parchim und Uecker-Randow eine in absehbarer Zeit drohende Unterversorgung festgestellt. Zum Zeitpunkt des Eintretens von Unterversorgung liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.